

Antworten der BayernSPD auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschule Bayern

1. Wie stehen Sie zu dieser Schulform als „Bereicherung des öffentlichen Schulwesens“?

Die Waldorfschulen in Bayern leisten unverzichtbare Bildungsarbeit. Sie machen aus Sicht der Eltern ein attraktives Angebot und sind Motor für pädagogische Innovationen, von denen staatliche Schulen profitieren. Insbesondere der ganzheitliche Ansatz des Bildungskonzeptes und der durchgängige Bildungsweg bis zum Schulabschluss sind eine echte Bereicherung des öffentlichen Schulwesens. Deshalb erhalten die Waldorfschulen zu Recht Mittel aus dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz. Diese müssen auskömmlich bemessen sein und nicht zu einer Erhöhung des Schulgeldes führen. Die bayerische Schullandschaft wäre ohne die Waldorfschulen ärmer.

2. Halten Sie diese finanzielle Ungleichbehandlung in der gegenwärtigen Situation noch für tragbar?

Nein. Bei der nächsten Überprüfung der Zuschüsse durch das Schulfinanzierungsgesetz muss vor allem der Fokus darauf gelegt werden, dass sich auch die Eltern Waldorfschulen leisten können, die einen kleineren Geldbeutel haben. Wenn die staatlichen Zuschüsse nicht stimmen, leidet die Qualität und es kommt zu einer Auslese nach finanziellen Möglichkeiten, die wir ablehnen.

3. Welche konkrete Lösung schlagen Sie vor?

Für die Refinanzierung des Ganztags bei den privaten Schulträgern müssen die gleichen Grundsätze gelten wie bei den öffentlichen Schulen. Das entlastet auch die Kommunen. Wir wollen ein kostenloses Schülerticket für alle Kinder und Jugendlichen, die Kindergeld berechtigt sind. Dieses Ticket soll an 365 Tagen alle Fahrten umfassen – auch die zur Schule.

4. Wie stehen Sie zu einem mehr eigenverantwortlichen am Bedarf der Schule orientierten Lehrereinsatz zumindest in den für das Profil der Waldorfschulen relevanten Bereichen?

Wer Vielfalt will, muss auch Vielfalt bezahlen, jedenfalls was den für alle geltenden Bildungskanon betrifft. Die Personalausstattung für diesen Bereich darf jedenfalls nicht hinter dem für die staatlichen Schulen zurückstehen.